Nr. 236 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 116

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— M., monatl. 10,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 20,— M., für das übrige Ausland 27,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 5,50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,— M., jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3,— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97 Expedition Moritzplatz 11753—54

Sonnabend, den 21. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Scharfe Note an Frankreich.

Paris, 20. Mai. (EE.) Lord Curzon überreichte gestern dem französischen Botschafter in London die Antwortnote auf die Note Briands vom 14. Mai. In dieser Note hatte Briand das Foreign Office vor den angeblich tendenziösen Zeitungsberichten aus Oberschlesien gewarnt. Lord Curzon erklärt nun, daß aber merkwürdigerweise gerade die angeblich tendenziös entstellten Berichte sich völlig mit den Nachrichten decken, die die offiziellen Vertreter absenden. Die Note Lord Curzons enthält ausführliche Darstellungen der englischen Auffassung in militärischer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht.

Nach einer WTB.-Meldung berichtet über die gestrige Botschafterkonferenz „Echo de Paris", daß Jules Cambon erklärte, die Botschafterkonferenz werde sich künftig nicht mehr mit der oberschlesischen Frage beschäftigen, da die alliierten Regierungen sie von dieser Aufgabe entbunden haben und nunmehr die Lösung der Frage selbst in die Hand nehmen wollen.

Eine Warnung Lloyd Georges.

London, 21. Mai. (WTB.) Der Lloyd George nahestehende „Daily Chronicle" schreibt heute unter der Ueberschrift „Französische Verzögerung":

Alle, die die äußerste Dringlichkeit einer alliierten Konferenz über Oberschlesien einsehen, werden bedauern, daß die Debatte in der französischen Kammer bis zum Dienstag vertagt worden ist. Ohne Briand einer beabsichtigten Verzögerung beschuldigen zu wollen, können wir vielleicht doch zum Ausdruck bringen, daß er eine gewisse Pflicht gegenüber seinen Alliierten hat, nicht so zu handeln. Vor ihm und uns befindet sich eine Lage, in der die eine der beiden Parteien gewisse überlegene Stellungen mit Gewalt eingenommen hat und in der schon die Zeit auf seiten dieser Partei ist, während die andere Partei benachteiligt ist. Daher ist eine gerechte Entscheidung zwischen den Alliierten schon vorher beeinflußt. Wie ist diese Lage entstanden? In erster Linie durch die Aktion der polnischen Partei in Oberschlesien, in zweiter Linie jedoch, und zwar in sehr wesentlichem Maße, durch die Aktion der Franzosen selbst. Die Franzosen sind es, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für ein fair play in der strittigen Provinz verantwortlich waren und noch sind. Die Ordnung wurde vollkommen umgestürzt, und die Franzosen haben nicht versucht, sie zu retten. Man hätte erwarten können, daß sie, nachdem sie sich so ins Unrecht gesetzt haben, die erste Gelegenheit ergreifen würden, um sich durch eine interalliierte Konferenz wieder ins Recht zu setzen.

Sie vertuschen den Gegenstand des Streites und schaffen das große Risiko deutscher Gegenschläge gegen den polnischen Schlag. Ein Teil der französischen öffentlichen Meinung würde eine solche Aktion von seiten Deutschlands begrüßen, um eine Entschuldigung für eine Erneuerung des Vormarsches in das Ruhrgebiet zu haben. Als Hemmnis gegen einen solchen Angriff könnte ein französischer Vormarsch gerechtfertigt sein, aber nicht als voraus berechnete Erwiderung auf einen deutschen Gegenschlag in Oberschlesien, der zu diesem Zwecke provoziert wurde. Die bereits bestehende Differenz zwischen den Alliierten würde durch eine solche Politik in nicht absehbarer Weise vergrößert werden.

Englands Standpunkt.

„Daily Expreß" ist der Ansicht, daß die Verhandlungen im Obersten Rat über Oberschlesien sensationell sein werden. Englands Standpunkt sei, daß jede Macht, die den Friedensvertrag unterzeichnet hat, ihn auch halten müsse. Bevor nicht die schlesische Frage geregelt sei, stehe die ganze Allianz auf unsicheren Füßen. Wie das Blatt weiter erklärt, ist viel Grund zu dem Verdacht vorhanden, daß der Plan bestanden hat, die Engländer einer vollendeten Tatsache gegenüberzustellen, indem die Polen die Linie einnahmen, die Frankreich für Polen haben will.

In einem Leitartikel erklärt das Blatt, Frankreich scheine sich der gefährlichen Täuschung hinzugeben, daß Lloyd George nicht bei seiner polnischen und schlesischen Politik die öffentliche Meinung Englands hinter sich habe. Je eher Frankreich die Wahrheit begreife, um so besser sei es für die Franzosen und Europa. „Daily Expreß" erklärt, England sei ein Gegner des kontinentalen Militarismus in jeder Form.

Lloyd Georges „Fieber".

„Petit Journal" schreibt, daß durch die gestrige Entscheidung der Kammer, die Fortsetzung der Debatte über das Reparationsabkommen von London auf Dienstag zu vertagen, der Zusammentritt des Obersten Rates in Boulogne bis Ende der kommenden Woche verschoben sei. In London habe man gedacht, daß die Vertrauensabstimmung der französischen Kammer für heute vormittag zu erwarten sei. Die Kammer habe anders entschieden und man könne sie dazu nur beglückwünschen. In Frankreich liege kein Grund vor, sich von derart Fieber befallen zu lassen, das in der Downing Street zu beobachten sei. Die Vertreter des Volkes hätten das Recht und die Pflicht, die Fragen zu prüfen, die die Zukunft Frankreichs für lange Jahre festlegten. Was die Zusammenkunft von Boulogne anbetreffe, so habe es weniger Gefahren als vielmehr Vorteile, wenn sie eine Verzögerung von einigen Tagen erleide. — Englischen Blättermeldungen zufolge wird dagegen die interalliierte Zusammenkunft in Boulogne schon Mitte nächster Woche stattfinden.

Lloyd George geht heute an die See, um sich später von dort nach Frankreich zu begeben; Churchill wird Lloyd George wahrscheinlich begleiten. Italien, Japan und Amerika werden auf der Konferenz vertreten sein.

Amerika als Beobachter.

Reuter erfährt aus Washington, daß die an den neuen amerikanischen Botschafter in London, Harvey, gerichteten Instruktionen dahin gehen, er solle, soweit es sich um die oberschlesische Frage handle, nur als Beobachter tätig sein. Beamte des Staatsdepartements hätten wiederholt erklärt, daß die Stellung der amerikanischen Regierung dieselbe sei, wie sie in der Antwort an Polen gekennzeichnet sei, und daß daher eine wesentlich europäische Frage die Vereinigten Staaten nicht berühre. Es wurde indessen angedeutet, daß der Gedanke möglich sei, die oberschlesische und ähnliche Fragen könnten solche Bedeutung annehmen, daß sie die Interessen der Vereinigten Staaten wirtschaftlich beeinflussen. Es verlautet, in einem solchen Falle würde Harvey Instruktionen erhalten, so zu handeln, wie es zur Sicherung der amerikanischen Interessen nötig sei, mit der Begründung, daß die Vereinigten Staaten in vitaler Weise an allen wirtschaftlichen Regelungen beteiligt seien, die sich aus dem Kriege ergäben.

Die Pariser Debatte.

Die Pariser Kammerdebatte ist nicht programmgemäß verlaufen. Gestern sollte Briand sprechen und heute sollte die Aussprache beendigt werden. Statt dessen wurde die Beratung auf Dienstag vertagt, Briand schwieg und überließ die Vertretung der Regierung vorläufig Herrn Loucheur, der sich unter sorgfältiger Umgehung aller politischen Streitfragen nur mit der wirtschaftlichen Seite der Reparationsfrage beschäftigte. Zuvor hatte der oppositionelle Redner Forgeot von seinem Standpunkt aus in ähnlicher Weise gesprochen. Es schien ein Uebereinkommen zu bestehen, die Fragen der Aufhebung der Sanktionen, Oberschlesiens und des Ruhrreviers unberührt zu lassen, solange nicht eine Klärung erfolgt ist, die man offenbar von der dreitägigen Beratungspause erwartet.

Glaubt man dem „Petit Journal", so muß man freilich annehmen, daß es sich um ein bloßes Verschleppungsmanöver handelt, durch das die Konferenz von Boulogne hinausgeschoben werden soll. Ein solches Manöver hätte aber keinen Zweck, weil mehr als wenige Tage mit ihm nicht zu gewinnen sind. Auf jeden Fall aber zeigt die plötzliche Unterbrechung, daß ein gewisses Zögern und Schwanken in die Politik Frankreichs gekommen ist.

Auch der Vorschlag Forgeots, die Kammer möge das Londoner Abkommen verwerfen, ist schwerlich mehr als agitatorische Geste und Zwischenaktmusik. Würde die Kammer diesem Vorschlag folgen, so wäre damit nicht nur Briand gestürzt, sondern auch sein Nachfolger käme in eine unmögliche Lage, da er gegenüber den Verbündeten Frankreichs vertragsbrüchig werden müßte. Die Entente wäre damit endgültig gesprengt, und Frankreich müßte auf eigene Faust gegen Deutschland vorgehen. Es ist schwer zu glauben, daß sich eine Regierung finden würde, die bereit wäre, eine so heikle Aufgabe zu übernehmen.

Die Politik Frankreichs hat sich in eine Sackgasse verrannt, und die Pause, die in der Pariser Kammerdebatte eingetreten ist, ist eine Verlegenheitspause.

Vom französischen Kommunisten-Kongreß.

Der seit Montag in Paris abgehaltene Kongreß der Kommunistischen Partei lehnte es laut Dena bei der Statutenberatung ab, in die Parteigrundsätze die These aufzunehmen, daß es keine nationale Verteidigung im kapitalistischen Regime gäbe. Frossard bemerkte, daß die Angliederung an die dritte Internationale schon zur Genüge die Erkenntnis ausspräche, daß die nationale Verteidigung des Kapitalismus eine Lüge sei. Die Notwendigkeit einer Diktatur des Proletariats wurde in die Parteiprinzipien aufgenommen.

Der griechisch-türkische Krieg.

Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel liegen dort Berichte vor, wonach die griechische Niederlage auf der kleinasiatischen Front bestätigt wird. Eine türkische fliegende Kolonne soll bis auf 30 Kilometer vor Smyrna vorgedrungen sein.

In dem amtlichen Bericht der Regierung von Angora vom 19. Mai wird mitgeteilt, daß die Türken die Eisenbahnbrücke von Buyak Harta auf der Eisenbahnlinie Panderma—Magnesia in die Luft gesprengt haben. Dies sei eine der wichtigsten Brücken der Eisenbahnlinie.

Regierung und Unabhängige.

In einem Leitartikel beschäftigt sich die „Freiheit" nochmals mit dem Zustandekommen der Reichsregierung und ihren nächsten Aufgaben. Wiewohl der Sozialdemokratie wieder zum Vorwurf gemacht wird, daß sie in die Regierung hineingegangen ist, enthält doch der Artikel selber außerordentlich viel Material zur Rechtfertigung des Schrittes.

Zunächst der Vorwurf. Er bewegt sich in doppelter Richtung gegen uns. Wir sollen einmal durch unsere Bereitwilligkeit, mit Zentrum und Demokraten zusammen eine Regierung zu bilden, die „Desertion der Deutschen Volkspartei aus der Regierung" erleichtert haben. Ein Blick auf die zeitliche Folge der Ereignisse lehrt, daß dieser Vorwurf unhaltbar, daß er nur für das schlechte Erinnerungsvermögen von Leuten gemacht ist, die bei vergangenen Dingen die einzelnen Phasen des Geschehens nicht mehr auseinanderhalten können. Das Kabinett Simons-Fehrenbach war desertiert, der Bruch zwischen der Deutschen Volkspartei und ihren bürgerlichen Koalitionsgenossen war vollzogen, als die Sozialdemokratie in die Bresche sprang. Einen Moment später wäre es wahrscheinlich bereits zu spät gewesen. Sollten wir uns etwa darauf verlassen, daß eine Minute vor 12 noch der Deutschen Volkspartei das Gewissen schlagen würde? Wir sind auch heute noch der Ansicht, daß die Deutsche Volkspartei, wenn man ihr Entscheidung und Verantwortung überlassen hätte, das deutsche Volk in die Katastrophe hineingejagt hätte.

Es gibt kein Mittel, eine Partei, die ihr Parteiinteresse über das Allgemeinwohl stellt, wie die Deutsche Volkspartei, zum Ausharren in der Regierung zu zwingen. Gewiß hätten auch wir es lieber gesehen, wenn die Herren Stinnes und Stresemann selber die Folgen ihrer Politik hätten ausbaden müssen. Da diese aber entschlossen waren, lieber das deutsche Volk zu opfern, als ihre Person und Partei einzusetzen, so mußte man sie eben ziehen lassen. Festbinden konnte man sie nicht. Dürfen wir aber bei dieser Gelegenheit der „Freiheit" bemerken, daß wir auch schon bei einer anderen Partei — nicht nur bei der Volkspartei — die Erfahrung gemacht haben, daß sie sehr gern ihre Verantwortlichkeit für das Gesamtschicksal des Volkes zugunsten des Parteiinteresses im Stich läßt?!

Zu zweit wiederholt die „Freiheit" den Vorwurf, daß wir nicht mit den Unabhängigen zusammen eine rein sozialistische Regierung gebildet haben. Unserem Einwand, daß diese Regierung gar keine Mehrheit hätte, glaubt die „Freiheit" damit begegnen zu können, daß auch die jetzige Koalition eine Minderheitsregierung sei. Nun gibt es zwischen Minderheit und Minderheit immer noch graduelle Unterschiede, es ist nicht ganz gleichgültig, ob die Minderheit einer Regierungskoalition zehn oder sechzig Mandate beträgt. Doch davon abgesehen, kommt es nicht allein auf die Stärke der Parteien an, welche die Regierung bilden, sondern auf die Stärke derer, die sie unterstützen.

Eine unabhängig-sozialistische Regierung hätte die bürgerliche Mehrheit vom ersten Tage an geschlossen gegen sich gehabt. Von den Kommunisten auf der äußersten Linken wäre sie gar nicht oder nur ganz unzuverlässig und unberechenbar unterstützt worden. Mit dem Drittel ihrer Mandate hätte sie hilflos dagesessen und von dem denkbar schönsten Programm auch nicht den kleinsten Teil verwirklichen können. Wir erinnern an die Schwierigkeiten der sächsischen Regierung, die doch immerhin bei Unterstützung der Kommunisten eine Stimme Mehrheit hat, trotzdem aber hat erleben müssen, daß ihre wichtigsten Vorlagen durch Zufallsmehrheiten abgelehnt wurden. Wie sollte es da erst einer Reichsregierung ergehen, die nicht wie die sächsische einundfünfzig Prozent des Parlaments, sondern höchstens dreiundvierzig hinter sich hat?

Damit sind wir am entscheidenden Punkt. Denn die „Freiheit" bezeichnet selber als die wichtigste Aufgabe der neuen Regierung, den Kampf um die Verteilung der Wiedergutmachungslasten so zu führen, daß die Hauptlast auf die Schultern der Besitzenden gelegt wird und „mit aller Rücksichtslosigkeit und Energie die Widerstände der besitzenden Klassen überwunden" werden. Wie soll das eine sozialistische Minderheitsregierung machen, wenn ihr das Parlament noch so gut ausgearbeitete Vorlagen zerrissen vor die Füße wirft oder in ihr Gegenteil verkehrt? Ihre Ohnmacht, ihr Programm durchzuführen, würde sie zur Lächerlichkeit verurteilen.

Nun aber gibt die „Freiheit" selber zu verstehen, daß sie in der Frage der Lastenverteilung doch zu gewissen bürgerlichen Elementen der jetzigen Koalitionsregierung Vertrauen hat. Sie schreibt nämlich, nachdem sie die Bestrebungen des Großkapitals geschildert hat, sich den Lasten des Ultimatums zu entziehen:

Es ist unter diesen Umständen verständlich, daß die bürgerlichen Parteien bereits jetzt ihren Feldzug gegen den ihnen unsympathischen Minister Wirth begonnen haben und alles daran setzen, um das bisher noch nicht komplettierte Kabinett durch Heranziehung der Deutschen Volkspartei zu ergänzen.

Wenn der „Freiheit" der Feldzug der Besitzenden gegen den Reichskanzler Wirth verständlich erscheint, so muß

sie doch Herrn Wirth für den Mann halten, der der Steuerscheu des Großkapitals kräftig entgegenarbeitet. Und in der Tat beweist ja die Vergangenheit Wirths als Finanzminister, daß er dies Vertrauen verdient. Was müßte also für die Unabhängigen näher liegen, als daß sie diesen Mann aufs wärmste unterstützen, was freilich nicht geht, solange man die Rolle des unbeteiligten Zuschauers spielt.

In der Tat sind die Unabhängigen für die Weiterentwicklung der Verhältnisse in viel höherem Maße verantwortlich, als sie der Welt glauben machen wollen. Wenn die USP. das Bestreben gewisser bürgerlicher Kreise, die Volkspartei in die Koalition hineinzubringen, mit berechtigter Sorge betrachtet, so hat sie es in der Hand, diesen bürgerlichen Kreisen ihre besten Trümpfe aus der Hand zu schlagen.

Die „Freiheit" läßt an mehreren Stellen ihres Artikels deutlich genug durchblicken, daß ihr der Reichskanzler Wirth nicht unsympathisch ist, daß die jetzige gemischte Koalition einer rein bürgerlichen Regierung vorzuziehen, daß eine Verlängerung der Koalition nach rechts schädlich ist. Es genügt aber nicht nur, solche Dinge zu sagen, sondern es muß auch dieser Erkenntnis gemäß gehandelt werden. Auch die Schlußalternative, welche die „Freiheit" der Regierung stellt — mit der Arbeiterschaft gegen die Reaktion oder gegen die Arbeiterklasse —, wäre sinnlos, wenn die „Freiheit" der Regierung nicht die innere Fähigkeit zusprechen würde, mit der Arbeiterklasse zu gehen. Eine solche Regierung aber, die man infolge ihres gemischten Charakters vielleicht für schwankend oder nicht entschieden genug hält, verbessert man von links nur zweckmäßig, indem man durch direkte oder indirekte Beteiligung das linke Element verstärkt. Die Bedenken der „Freiheit", daß die Regierung die Entwaffnung und die Bestrafung der Kriegsschuldigen mit der nötigen Energie betreiben würde, erweisen sich heute schon teils durch die Tatsachen als unbegründet — die „Freiheit" beachte nur das heutige Wutgeheul der „Deutschen Tageszeitung" —, teils lassen sie sich gleichfalls durch den oben angegebenen Weg am besten beseitigen.

Der Artikel der „Freiheit" beweist also nicht, daß es ein Fehler der Sozialdemokratie war, in die Regierung zu gehen, sondern daß es der Fehler der Unabhängigen ist, aus Prinzipienreiterei abseits zu stehen.

Fort mit den „Volksgerichten"!

Der bekannte Jurist Ed. Heilfron beschäftigt sich anläßlich des heute in Leipzig beginnenden 4. Deutschen Richtertages in einem Artikel in der „Dtsch. Allg. Ztg." mit der Frage der Volksgerichte. Nach längeren, stark reaktionär gefärbten Ausführungen gegen die Zulassung der Frauen zum Richteramt kommt er auf die Frage der „Volksgerichte" zu sprechen und schreibt:

Während der schweren Revolutionsmonate ist von den linksradikalen Parteien der Gedanke der Volksgerichte fortwährend in die Debatte geworfen worden. Wenn Laien das tun, so kann man unterstellen, daß sie in ihrer von keiner Sachkenntnis getrübten Unerfahrenheit in gutem Glauben an die ihnen von den Parteiführern eingehämmerten Schlagworte handeln. Ein Berufsjurist, der sich für Volksgerichte einsetzt, muß als im Parteiinteresse wider besseres Wissen handelnd angesehen werden. Es gibt keine gefährlichere, wankelmütigere und dem Einfluß der Straße mehr unterworfene Einrichtung als die sogenannten Volksgerichte. Man braucht gar nicht erst zu Anatole Frances erschütternder Darstellung in seinem Roman aus der großen französischen Revolution: „Les dieux ont soif" („Die Götter dürsten") zurückzugreifen: Haben wir doch alle die Gefahr solcher bloß nach dem sogenannten gesunden Menschenverstand, in Wahrheit nach politischen Instinkten urteilenden Laiengerichte in Bayern, Ungarn und Rußland beobachten können.

Die Frage der Volksgerichte anzuschneiden sollte ein so gewiegter Jurist wie Eduard Heilfron lieber unterlassen; seine Betrachtungen zwingen den Leser geradezu, die Aufmerksamkeit auf Bayern zu lenken, nicht das Bayern der Räterepublik, das Heilfron tadelt, sondern das Bayern des Herrn v. Kahr, in dem die Volksgerichte noch heute in höchster Blüte stehen. Die Ausführungen Heilfrons bedeuten eine ungewollte Unterstützung der sozialdemokratischen Forderung, die bayerischen Volksgerichte, die ihren Namen nur zum Hohn tragen, so schnell wie möglich zu beseitigen. Eine treffendere Kritik als die von Heilfron an der bayerischen Justiz geübte ist kaum denkbar.

Reaktionäre Tatarennachrichten.

In einer Zuschrift an die Presse führt das thüringische Ministerium des Innern Klage darüber, daß die reaktionäre Presse immer wieder Tatarennachrichten über die thüringische Landespolizei veröffentlicht, um in dem schwebenden Verfahren gegen Major Müller-Brandenburg dem Ergebnis vorzugreifen und die ihnen erwünschte Stimmung zu schaffen. So ist z. B. von reaktionären Blättern die Anschuldigung gegen die Thüringer Landespolizei erhoben worden, daß diese in den Kämpfen mit einer kommunistischen Bande in der Gegend von Bachra durch passives Verhalten die im Kampf stehende preußische Schutzpolizei nicht unterstützt und dadurch das Entkommen eines großen Teiles der Bande ermöglicht habe. Ferner wurde von der reaktionären Presse behauptet, daß der thüringischen Landespolizei ein „kommunistischer Beamter" vorangefahren sei, um mit den Aufrührern zu verhandeln. Auf eine Anfrage des thüringischen Ministeriums an das Regierungspräsidium in Erfurt ist nun folgende Auskunft eingelaufen:

Das Unternehmen gegen die Bande in Bachra wurde durch eine unter dem Befehl des Majors Calov, Kommandeur der II. Pol.-Abt. Schutzpolizei Erfurt, stehende gemischte Abteilung durchgeführt. Der in dem Aufsatz der „Allgemeinen Thüringer Zeitung" vom 26. April d. J. erhobene Vorwurf, die Thüringer Landespolizei habe durch passives Verhalten die Preußische Schutzpolizei nicht unterstützt, **ist unbegründet. Der Führer der Thüringer Landespolizei hatte sich mir zur Unterstützung angeboten; das Verhalten der Landespolizei entsprach meinen Anregungen.**

Ueber die Behauptung, ein kommunistischer Beamter sei zum „Verhandeln" vorausgefahren, ist hier nichts bekannt.

gez. Lange, Kommandeur der Schutzpolizei Erfurt.

Diese Auskunft ergibt, daß die reaktionäre Presse sich ihre Behauptungen glatt aus den Fingern gesogen hat. Es kommt dabei nicht nur das in dem Schreiben genannte Thüringer Blatt in Frage, sondern selbstverständlich hatte sich auch ein so hervorragender Berliner Entenjäger wie Max Maurenbrecher dieses Wildbret nicht entgehen lassen.

•

Der amtliche preußische Pressedienst schreibt: Die „Volksstimme" in Halle (Nr. 102 vom 3. Mai 1921) hatte darauf aufmerksam gemacht, daß während der mitteldeutschen Unruhen in die Hallenser Schutzpolizei Freiwillige eingestellt worden seien, die sich meistens aus reaktionären Studenten rekrutiert hätten. Es sei durch Vermittlung des Obersten v. Hartwig zwischen Angehörigen der ehemaligen Zeitfreiwilligen und verschiedenen Offizieren der Schupo ein **Abkommen auf gegenseitige Unterstützung** geschlossen worden, auf Grund dessen die Einstellung nicht in die Schutzpolizei gehöriger Elemente erfolgt sei. Nach Erkundigungen an zuständiger Stelle stellt sich der tatsächliche Sachverhalt folgendermaßen dar: Die Einstellung Freiwilliger in geringem Maße ist tatsächlich in Halle erfolgt, weil die Bureaugeschäfte während der Unruhen sonst nicht zu bewältigen waren. Nachdem die größte Gefahr für Halle beseitigt war, sind die Freiwilligen wiederentlassen worden. Auch hat der Oberpräsident von Sachsen vor der Einstellung eine namentliche Liste der betreffenden Freiwilligen erhalten. Es kann also nicht, wie die „Volksstimme" meint, die Rede davon sein, daß behördlicherseits in kritischer Zeit die Absicht bestanden habe, die Schutzpolizei in Halle mit Elementen zu durchsetzen, die ihr „den einheitlichen republikanischen Charakter" geraubt hätten.

Wir müssen gleichwohl aus außen- wie innenpolitischen Gründen diese Maßnahme für bedenklich erklären.

•

Zu der Behauptung der reaktionären Presse, daß gegen Müller-Brandenburg das Hochverratsverfahren eröffnet worden sei, erfährt unser Weimarer Parteiblatt „Das Volk", daß an amtlicher Stelle in Weimar von einem Hochverratsverfahren gegen Müller-Brandenburg nichts bekannt ist, ebenso verbreitet das Thüringer Pressedamt die offiziöse Nachricht, daß sowohl die Meldung falsch ist, Müller-Brandenburg sei wegen der gegen ihn schwebenden Untersuchung nach Berlin beordert worden, wie auch die Meldung, daß der Reichsanwalt gegen ihn das Hochverratsverfahren eröffnet habe.

Dagegen kann unser Weimarer Parteiblatt mitteilen, daß der Denunziant und Kronzeuge gegen Müller-Brandenburg, der monarchistische Leutnant Lampel, nachdem er die ganze Geschichte aufgerührt hat, plötzlich verschwunden ist und sich bisher darum gedrückt hat, seine Behauptungen, wie er verheißen hat, durch Eid zu bekräftigen.

Sozialdemokratische Zukunftsaufgaben.

Kiel, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) In einer stark besuchten Hauptversammlung nahm der sozialdemokratische Verein Groß-Kiel Stellung zur politischen Lage. Genosse Severing gab in großen Zügen ein Bild der politischen Entwicklung vor und nach den Londoner Verhandlungen und erläuterte die Stellung der einzelnen Parteien zum Ultimatum der Entente. Lebhafte Zustimmung wurde dem Genossen Severing zuteil, als er darauf hinwies, daß die deutsche Arbeiterklasse einen viel bedeutenderen Einfluß im Reiche wie im Staate ausüben könnte, wenn sie einig und geschlossen wäre. Nach einer lebhaften Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Die Kieler Genossen billigen die Annahme des Ultimatums, da nur dadurch die drohende Besetzung der wichtigsten Wirtschaftsgebiete verhindert werden konnte. Es wird bedauert, daß die USP. nicht den Mut aufbringt, in die Regierung einzutreten. Es ist die ernste Aufgabe der neuen Regierung, die sowohl im Reiche wie in Preußen nur gebildet werden kann aus den Parteien, die den ernsten Willen haben, die Forderungen der Entente durchzuführen und dafür zu sorgen, daß endlich der gute Wille des deutschen Volkes, den Friedensvertrag zu erfüllen, unverkennbar zum Ausdruck kommt. Als erste Maßnahme wird gefordert, die Sozialisierung der dafür geeigneten Wirtschaftszweige, Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr.

Die Durchführung erheischt weiter die Uebernahme maßgebender Ministerien in Preußen durch Sozialdemokraten. Sollte eine der beteiligten Koalitionsparteien es der Sozialdemokratie unmöglich machen, eine den Interessen der Arbeitnehmer entsprechende Politik durchzuführen, so ist die Auflösung des Reichstages zu bewirken, dem Volke also durch Anberaumung von Neuwahlen die Entscheidung zu übertragen. Sollte die Auflösung des Reichstages nicht zu erzwingen sein, so haben die Sozialdemokraten aus der Regierung auszutreten.

Ferner wurde folgender Zusatzantrag mit großer Mehrheit angenommen: Nach dem bisherigen Verhalten der Rechtsparteien ist eine Verbreiterung der Regierungskoalition nach rechts ausgeschlossen.

Reichsregierung und Oberschlesien.

Wie die PPN. hören, wird die oberschlesische Frage heute Gegenstand der Beratung in der Reichskanzlei sein. Die Reichsregierung gedenkt, gemäß ihrer letzten Kundgebung zu verfahren und die Bildung von Freiwilligenkorps nicht zu dulden. Wo dennoch Ansammlungen von Freiwilligen im Abstimmungsgebiet oder an dessen Grenze vorkommen, so will die Reichsregierung Sorge tragen, daß kein Zwischenfall daraus entsteht, da ihr Bestreben unbedingt dahin geht, in der oberschlesischen Frage jeden Zwischenfall mit den Alliierten zu vermeiden, zumal die Reichsregierung die Hoffnung hegt, daß der deutsche Standpunkt, der der Standpunkt des Rechts ist, sich sowieso durchsetzen wird.

Notschrei der oberschlesischen Gewerkschaften.

Berlin, 21. Mai. (WTB.) **Dem Gewerkschaftsbund der Angestellten, Sitz Berlin, der in Oberschlesien mehr als 20 000 Mitglieder zählt, ist von seiner Geschäftsführung folgender telegraphische Notschrei zugegangen:**

Die Aufgaben der Unterhaltungsmusik.

Von Kapellmeister Vinzenz Murzilli.

„Im blütenreichen Garten der deutschen Musik ist so manches gewachsen, was ergötzt, ohne Ansprüche zu stellen, und doch dabei auch etwas mehr bietet, was über den Augenblick hinaus die Seele zu beschäftigen vermag. Nur suchen muß man können. Wir brauchen wahrlich nicht auf das tiefe Niveau unserer Nachbarvölker hinabzusteigen, um das musikalische Unterhaltungsbedürfnis der weitesten Kreise unseres Volkes zu befriedigen." So schreibt Dr. Max Schumann in einer Sondernummer von „Musikhandel und Musikpflege", die vom Verein der deutschen Musikalienhändler zu Leipzig herausgegeben wird.

Wir haben uns auf die Unterstützung der Verleger verlassen, und mit Freude können wir feststellen, daß uns heute eine große Menge wertvollster Musik zur Verfügung steht. Doch eine verderbliche Sumpfluft, die aus den Großstädten aufsteigt, droht diese reine Atmosphäre zu trüben. Im Interesse der Volksgesundheit sowohl wie der Kunst selbst, müssen wir mit aller Energie gegen die heutige Unterhaltungsmusik, Produkt einer musikalischen Impotenz, unsere Stimme erheben. Vor mir liegen einige moderne Kompositionen, die als erfolgreiche „Schlager" durch die Welt ziehen. Es gehört wirklich Mut dazu, solche Werke in die Oeffentlichkeit zu bringen; man merkt, daß sie ohne Enthusiasmus entstanden sind, manche sind sogar Parodien auf Werke unserer großen Meister. Sämtliche Musiker, soweit sie nicht ähnliche Kompositionen selbst „produziert" haben, sowie das gesamte musikalisch gebildete Publikum müssen sich dagegen wehren.

Wie Pilze aus der Erde schießen die Foxtrotts, Kat-, Onestepps, Jazz, Boston usw. aus dem Sumpfboden unserer Nachkriegskultur mit englischen, indischen, japanischen klangvollen Namen hervor. Die Impotenz heutiger Musik sucht sich schamhaft zu verbergen, indem die gestohlene klassische Musik sich in Negertänze umgießt. Anderseits trifft aber auch der schwere Vorwurf der Hehlerei uns ausübende Musiker, wenn wir glauben, uns nach dem Geschmack der großen Masse richten zu müssen. Die Masse hat heute keinen künstlerischen Geschmack. Bezeichnend ist dafür, daß die meisten Menschen heute Musik entweder in Verbindung mit Bewegung (Tanz) oder mit Worten (Lied) empfinden, während sie absoluter Musik völlig verständnislos gegenüberstehen. Die Theater und die besseren Konzerte, die der wahren Kunstpflege dienen, werden leider nur von einigen Tausenden besucht. Millionen aber unterliegen den Einflüssen der eigentlichen Unterhaltungsmusik. Dem Künstler besonders, der täglich stundenlang vor dem großen Publikum spielt, erwächst nun die hohe Aufgabe, ihm Verständnis und Geschmack an musikalischen Formen zu übermitteln. Gewiß ist der komplizierte Bau der Sinfonie nicht das geeignete Anfangsmaterial, noch die neuen Werke eines Mahler, Busoni oder Schreker, die auf bisher unbegangenen Wegen Neuland suchen, doch haben auch Bach, Haydn, Mozart, Beethoven eine ganze Anzahl Serenaden, Sarabande, Menuette, Divertimenti komponiert, die dem musikalisch Ungebildeten schon beim ersten Hören ihren tiefen Reichtum erschließen. Hier sollte man anfangen und dann auch das Verständnis schwieriger Kunstformen anbahnen.

Welcher Musiker wäre zufrieden, nur zu spielen, um den Lärm eines Kaffeehauses zu übertönen? Eine hohe Verantwortung liegt auf den Schultern der ausübenden Musiker, wenn sie das Volk durch Unterhaltung wieder erziehen wollen zu jener Haltung, die notwendig ist, um aus der augenblicklichen Verelendung herauszukommen. Und sie haben auch die Macht dazu, kein Werk (ausgenommen natürlich Volkslieder) wird ohne ihre Mithilfe verbreitet. Warum sollte es nicht gelingen, statt Tingel-Tangel-Musik wertvolle Musik zu verbreiten? Diese kann sehr wohl im Rahmen der Unterhaltungsmusik arrangiert werden. Darum fort mit allem Materialismus, zur höchsten, reinsten Kraft zurück — zur Vergeistigung!

Afrika den Afrikanern. Vor vier Jahren landete, von Jamaica kommend, Marc Garvey in New York, ein Neger reinster Rasse mit platter Nase und wulstigen Lippen, aber von lebhaftem Geist und von einer umfassenden Bildung, die er sich in England und auf vielfachen Reisen durch Europa angeeignet hatte. Er nahm, wie „The Worlds Work" erzählt, Wohnung in einem der Negerquartiere. Der Unbekannte wälzte in seinem Hirn den großzügigen Plan der vollständigen Befreiung seiner Rasse. Die ersten Schritte, die er auf diesem Wege tat, waren schwer und schienen wenig aussichtsvoll; aber seiner Rednergabe und seinem glühenden Enthusiasmus gelang es allmählich, die Stammesgenossen für seine Idee zu gewinnen. Er hatte zahlreiche Nebenbuhler und Feinde. Aber diese Anfeindungen trugen nur dazu bei, seinen Ruf zu vermehren. Heute ist er Leiter eines weitverbreiteten, in englischer Sprache erscheinenden Blattes, das den Titel „Die Negerwelt" führt, außerdem Präsident der „Weltliga des afrikanischen Gemeinwesens", der „Liga für den Fortschritt der Neger" und obendrein Vorsitzender einer Schiffahrtsgesellschaft, die von Negern mit einem Kapital von 20 Millionen Dollars gegründet wurde. Garvey kontrolliert außerdem einen „Trust", der die Aufgabe verfolgt, der schwarzen Rasse mächtige industrielle Interessen in die Hände zu spielen. Sein Traum aber ist die Schaffung einer afrikanischen Republik, die die vierhundert Millionen Personen seiner Rasse zu einem Staatswesen vereinen soll. Inzwischen hat er es sich angelegen sein lassen, das New Yorker Negerviertel Harlem zu einem geistigen Zentrum auszubauen, und zu diesem Zwecke Schulen, Theater, Vortragssäle gebaut und regelmäßige Diskutierabende eingerichtet. Im August vorigen Jahres versammelten sich unter seinem Vorsitz 3000 aus allen Teilen der Welt zugereiste Delegierte zu einem Kongreß, der die schwarze „Erklärung der Menschenrechte" proklamierte und scharf Stellung gegen den Völkerbund nahm.

•

Eugen Kahler, der vor einem Jahrzehnt als Jüngling starb, gehört zu den Vorbereitern des neuen malerischen Stils. Während eines jahrelangen Siechtums, das ihn nicht hinderte, ausgedehnte Studienreisen durch zwei Weltteile zu unternehmen, hat er die Werke geschaffen, die bei Cassirer (Viktoriastr. 35) in einer Gedächtnis-Ausstellung vereinigt sind. Kandinsky hat ihm seinerzeit im „Blauen Reiter" einen Nachruf gewidmet, und er spricht da von dem „rein hebräischen Beiklang" in Kahlers Seele. Die Sehnsucht nach Erfassen des Uebersinnlichen und die spielerische Freude an dekorativer Gestaltung sind jedenfalls unverkennbar orientalische Elemente in seinem Schaffen. Da aber jedes dieser Elemente die Auswirkung des anderen hindert, so kommt es nie zu einer vollkommen reinen Formung. Fast immer überwiegt die dekorative Seite. Das vollendetste Werk der Ausstellung ist das Bild einer „Negerin" (18). Von monumentaler Schönheit des Linienaufbaues und einem wahrhaft unerschöpflichen Reichtum farbiger Harmonien. Andere Gemälde, z. B. die „Komposition mit Reitern und exotischen Vögeln" (29) wirken wie Mosaiken aus matt leuchtenden Edelsteinen, oder — „Bazar" (17), „Scheherazade" (27 und 28), „Stilleben auf schwarzem Grund" (39) — wie vornehme orientalische Teppiche. Aber tiefere seelische Saiten werden nur selten berührt, und der Künstler begnügt sich, die „profanen" Naturbilder, die ihn nicht befriedigten, in farbige Arabesken und schön geschwungene Linienschnörkel umzuwandeln. Möglich, daß eine weitere Entwicklung ihn mehr in die Tiefe geführt hätte. So wie sein Werk vorliegt, ist es die Schöpfung eines Vorbereiters, aber keines Vollenders. J. S.

Zuchthaus für Junggesellen. Drakonische Gesetze gegen alle Unverheirateten von über 25 Jahren hat das Parlament der türkischen Nationalisten in Angora erlassen. Männer, die sich mit 25 Jahren noch nicht verheiratet haben, werden zunächst damit bestraft, daß man ihnen ein Viertel ihrer Einkünfte wegnimmt. Die dadurch erlangten Summen werden Landwirtschaftsbanken zur Verfügung gestellt, die mit dem Geld Bauern die Heirat ermöglichen. Kein Beamter des neuen türkischen Staates, der über 25 Jahre alt ist, darf Junggeselle sein. Beharrt jemand fortgesetzt dabei, nicht zu heiraten, so kann er schließlich zur Strafarbeit und Zuchthaus verurteilt werden. Heiraten und Familienzuwachs werden auf alle Weise begünstigt, so durch Landschenkungen an Verheiratete, Darlehen zu Heiratszwecken, staatliche Erziehung der Kinder. Auch werden Männer unter 50 Jahren ermutigt, wieder zwei und noch mehr Frauen zu heiraten, während infolge der teuren Zeiten die Türken mehr und mehr zur Ehe gekommen sind.

Erstaufführungen der Woche. Mittw. Steglitzer Schloßparkth.: „Donna Diana". **Fr.** Neues Volkstheater: „Die St. Jakobsfahrt".

In der Urania noch Sonntag bis Freitag: „Der Harz", Sonnabend Wilhelm Marx: „Die Steiermark".

Die Arbeiter-Kunst-Ausstellung. Petersburger Straße 39, veranstaltet Sonntag vorm. 10 und nachm. 6 Uhr besondere Führungen mit Vortrag. Eintritt frei.

Heinz Beyer, der bekannte Cellovirtuose und stellvertretende Vorsitzende des Berliner Tonkünstler-Vereins, ist in bestem Mannesalter an den Folgen einer Blutvergiftung plötzlich verschieden.

„Seit drei Wochen ohne Außenverbindung vertrauen wir trotzdem auf den Sieg der Gerechtigkeit, obwohl die Entente den Treuhänderbegriff bei der Verwaltung Oberschlesiens anders auffaßt, als es dem deutschen Empfinden entspricht. Wir bitten dringend, mitzuhelfen, um die täglich unerträglicher werdende Lage und die sich steigernde materielle Not zu beenden."

Keine Verbindung mit Oberschlesien.

Breslau, 21. Mai. (WTB.) Die Stadt ist seit gestern von der telephonischen Verbindung mit Oberschlesien abgeschnitten. Nur Ratibor ist zu erreichen, Beuthen, Gleiwitz und Kattowitz dagegen nicht. Auch der telegraphische Verkehr nach Beuthen ist gestört.

Polnische Gewalttaten gegen deutsche Arbeiter.

Die Wut der polnischen Insurgenten richtet sich neuerdings mit ganz besonderer Schärfe gegen Vertreter der deutschen Arbeiterschaft, in denen die Polen mit Recht die Hauptgegner der Korfantyschen Annexions- und Gewaltpolitik fürchten. Eine scheußliche Untat meldet die TU. aus Kattowitz:

Der Gewerkschaftsangestellte Domba wurde auf dem Wege von Bogutschütz nach Kattowitz von Aufrührern festgehalten, in der Telephonzentrale der dortigen Ferdinand-Grube auf den Tisch gespannt und in furchtbarer Weise geschlagen. Darauf wollten die Aufrührer ihn weiterschleppen. Domba riß sich los. Die Polen schossen auf ihn, und ein Schuß traf ihn am Bein. Darauf wurde Domba von einem französischen Soldaten angehalten, der ihn seinen Peinigern wieder ausliefern wollte. Domba riß sich jedoch los und wurde schließlich auf Befehl eines französischen Offiziers unter Bedeckung von fünf Franzosen in das Gebäude des Kreiskontrolleurs in Kattowitz gebracht, aber nach kurzer Zeit aus der Schutzhaft entlassen.

Vom 19. Mai wird nachträglich ein weiteres polnisches Verbrechen aus Kattowitz gemeldet. In der Wohnung des Herrn Bulla erschienen in Kattowitz drei polnische Aufrührer und zwangen ihn, mit ihnen zu gehen. Er wurde aufs schwerste mißhandelt. Dann schleppten die Banditen die 50 Jahre alte Frau Bulla bis zur Brücke über die Rawa. Dort zwangen sie die Frau sich hinzulegen, worauf sie auf den nackten Körper geschlagen wurde. Vor dem Schloßtor stand ein französischer Wachtposten, der nichts tat, um die Banditen am Eintritt zu hindern und auch untätig zusah, wie der Mann und dann die Frau weggeschleppt wurden.

Schweres Explosionsunglück bei Glogau.

Glogau, 21. Mai. (WTB.) Gegen 1 Uhr mittags ereignete sich in der Munitionsfabrik nahe des bei Glogau gelegenen Dorfes Klautsch eine gewaltige Explosion. Einige hundert Minen sollen in die Luft geflogen sein. Wegen andauernder weiterer Explosionen war es bis zum Abend unmöglich, die Unglücksstätte zu erreichen. Bisher sind sieben Verletzte geborgen, von denen drei schwerverletzt sind. Die Feuerwehren von Glogau und der benachbarten Ortschaften sind mit den Rettungsarbeiten beschäftigt.

Die farbigen Truppen in Deutschland.

In verschiedenen ausländischen Zeitungen, so auch in der „Westminster Gazette" vom 29. April, findet sich immer wieder die irreführende Nachricht, daß sich keine französischen Negertruppen mehr in Europa befinden, mit Ausnahme zweier Bataillone Senegalesen in Konstantinopel. Die Nachricht geht auf eine Meldung des französischen Propagandabureaus und des nach Amerika entsandten Ministers Viviani zurück. Demgegenüber wird festgestellt, daß sich im besetzten rheinischen Gebiet Ende Dezember 25 200 farbige Truppen befanden, die sich aus Negern (Senegalesen und Madagassen), Tonkinesen, Anamiten und Nordafrikanern zusammensetzen. Seit Beginn des Frühjahrs ist die Zahl dieser Truppen bereits wesentlich vermehrt worden. So standen in den pfälzischen Garnisonen Neustadt a. d. Hardt, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Speyer, Zweibrücken und Landau Ende April 6 Bataillone Madagassen, 2 Kompagnien Anamiten und 2400 Angehörige anderer farbiger Stämme.

Die Zahl der farbigen Truppen im Saargebiet entzieht sich der genauen Feststellung, dürfte aber mindestens 2000 betragen.

Nach einwandfreien Mitteilungen sollten für die Besetzung des Ruhrgebiets weiße Truppen verwendet werden, dagegen alle jetzt mit weißen Truppen besetzten Garnisonen des Rheinlands farbige Truppen erhalten.

Neue Wandlungen Lenins?

Helsingfors, 20. Mai. (EP.) Die Sowjetregierung treibt jetzt eine sehr versöhnliche Politik. Offiziere und Soldaten der Wrangel-Armee wie auch Kronstadt-Aufrührer werden begnadigt. Lenin wünscht dazu, noch Minister aus anderen Parteien in die Regierung zu bringen. Diese Bestrebungen werden jedoch von Trotzki lebhaft bekämpft. Ende dieses Monats soll die Entscheidung auf einer Konferenz in Moskau getroffen werden. Wie verlautet, hat Lenin schon dem früheren Zarenminister Kokovzew eine hohe Stellung angeboten.

Stinnes und die russischen Konzessionen. Vor einiger Zeit wurde die Nachricht, daß Stinnes Konzessionen in Rußland erworben habe, dementiert. Krassin stellt die Meldung nunmehr einem finnischen Pressevertreter gegenüber dahin richtig, daß Stinnes zwar in Sibirien keine Konzessionen erworben habe, sich aber für die neuentdeckten Erzlager im Gouvernement Kursk interessiert. Verhandlungen zwischen Stinnes und Sowjetrußland werden demnach doch geführt.

Das österreichische Defizit. Das neue österreichische Budget weist ein Defizit von fünfzig Milliarden auf.

Selbständiges Vorgehen der Salzburger Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten in Salzburg haben beschlossen, in der Abstimmungssache mit den Bürgerlichen keine gemeinsamen Kundgebungen zu veranstalten. Die Sozialdemokraten entfalten ihren eigenen Abstimmungsapparat und handeln selbständig.

Der Sinnfeinerkrieg. Wie aus Dublin gemeldet wird, kam es bei Kileena (Grafschaft Mayo) zu einem Kampf, bei dem ein Polizist und vier Sinnfeiner getötet und ein Polizist und fünf Sinnfeiner verwundet wurden.

Lohnabbau in England. Der Streik der Londoner Elektrizitätsarbeiter, der etwa zwei Wochen gedauert hat und an dem mehrere tausend Arbeiter beteiligt waren, ist beendet. Die Arbeiter haben der Herabsetzung ihrer Löhne zugestimmt und werden Montag die Arbeit wieder aufnehmen.

Unruhen in Aegypten. Nach einer Havasmeldung aus Kairo sind neue Unruhen aus Anlaß der Beerdigung eines getöteten Studenten ausgebrochen. Drei Stunden lang wurde die Menge von der Polizei angegriffen. Schließlich griff ägyptische Kavallerie ein. Die Zahl der Getöteten und Verwundeten soll groß sein.

Groß-Berlin

Das indische Grabmal in Woltersdorf.

Im Himmel ist bekanntlich ewiger Sonnenschein und ewig schönes Wetter, und ebenso bekannt ist es, daß die dort wohnenden Engel die Liebe und die Güte und die Reinheit selber sind. Nicht minder bekannt aber ist, daß, wo soviel Vollkommenheit herrscht, sich auch Langweile einstellt. Damit nun die Englein nicht auf den verderblichen Gedanken kommen, sich mit Boston, Tango und Jazz die Zeit zu vertreiben, hat der alte Petrus mit der May-Film-Gesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, dahinlautend, daß die Filmgesellschaft alle ihre neuen Filme den lieben und schönen Englein gratis vorführt, während Petrus sich verpflichtet, die sommerlichen Freiaufnahmen der Gesellschaft mit dem herrlichsten Wetter zu beglücken. Daß der alte ehrliche Petrus, wenn es darauf ankommt, diesen Pakt hält, davon konnte man sich jüngst in Woltersdorf überzeugen. Dortselbst läßt der May-Film seinen neuen großen Orientfilm, „Das indische Grabmal", nach dem Roman der Thea von Harbou herstellen und hatte einige Freunde zur Teilnahme bei der Aufnahme einiger Szenen eingeladen. Nun konnte man im prachtvollsten Sonnenlicht, von Petrus garantiert, ein märchenhaftes Schauspiel erleben. Künstlerhand hatte zwei herrliche Pagoden, indische Tempel, erbaut, vor denen sich auf einem riesigen Platz die Szenen abspielten. Der Platz war umsäumt von indischen Truppen zu Pferde und zu Fuß, indischen Würdenträgern in bunten Uniformen und allerlei Volk in malerischen Trachten. Zirkus Sarrasani, der nebenan wohnt, hatte zehn Elefanten hergegeben, die ihre bemerkenswerten Kunststücke ausüben mußten. Dann aber kam der spannendste Teil der Aufnahmen.

Im Hintergrunde des Platzes war eine sehr echt wirkende orientalische Basarstraße aufgebaut. Buntes Volksleben flutete entlang. Der Blick aus der Straße geht auf den Tempelplatz. Dort entsteht plötzlich Bewegung. Man gewahrt einen Flieger am Himmel, der seine Kreise zieht. Immer niedriger fliegt er. Plötzlich fegt er in kühner Kurve zwischen den beiden Tempeln hindurch, dicht über die Köpfe der Menge hinweg. Die Operateure — nicht weniger als vier, darunter der bekannte Sparkuhl — drehen diese bewegte Szene, und alles scheint glatt zu gehen. Plötzlich aber wird der Lärm der Volksmenge von der zornigen, weithin dröhnenden Stimme Joe Mays, des Leiters der Aufnahmen, übertönt. Irgendein Mitspieler hat die schwierige und großartige Szene total verpatzt. Joe May braust über in Erregung. Alle Mitspieler sind wie erstarrt. Die schöne Mia May steht neben ihrem Gatten im Fliegerkostüm; sie hat feuchte Augen bekommen, denn sie weiß, was es zu bedeuten hat, daß gerade diese Szene umgefallen ist. Nun wird dem Flieger eine Signalleuchtkugel nachgeschickt, d. h. er muß den Flug noch einmal ausführen. Alles wird vorbereitet. Die Massen werden neu geordnet und gruppiert. Der Flieger setzt zu neuem Flug an. Durch das Megaphon werden den Gruppen Zählkommandos gegeben, nach denen sie einzusetzen haben. Wieder braust der Flieger kühn zwischen den Engpaß der Pagoden hindurch, wieder jubelt das Volk, wieder kurbeln die Operateure. Alles klappt, alles glückt. Die Szene ist gelungen

•

Auch in Tempelhof war wieder einmal Indien erstanden. Die Ufa hatte auf ihrem Glashausgelände einen rosenroten Palast gebaut, vor dem sich der Berliner Komparsen-Film-Indientop auf mächtiger Freitreppe in Erwartung des neuesten Inderfürsten Viggo Larsen geduldig versammelt hielt. Dieser Fürst der Fürsten erschien alsbald in kostbaren Brokat gewickelt und nahm die Honneurs seines sehr leicht gekleideten getreuen Volkes in brennender Maisonne huldvollst entgegen. Es standen noch sonst eine ganze Reihe prächtig gekleideter illustrer Männer und Frauen umher, die als bewegende Kräfte in dem zur Aufnahme gelangenden Film „Indische Nächte" jedenfalls eine bedeutende Rolle spielen. Manja Tjatschewna, ebenfalls wohltuend leicht gekleidet, erledigte Uebungsfahrten auf dem schwankenden Rücken eines Kamels, bevor sie sich den dramatischen Konflikten endgültig auslieferte. Außerdem wirbelten indische Reiter auf Pferden der Schutzpolizei Unmengen Staubes auf. Kurz, alles war in fieberhafter Bewegung, um den „Indischen Nächten" in der Tempelhofer Sonnenglut mit allen verfügbaren Talenten gute Bilder zu sichern.

Schacher mit Eisenbahnwaggons.

Eine Millionen-Staatsgutverschleuderung.

26 Personenwagen 4. Klasse sind von den Eisenbahnbeamten in Lichtenberg-Friedrichsfelde beschlagnahmt worden, die seit einer Woche auf dem Vorortbahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde stehen. Der Angelegenheit liegt folgender Vorgang zugrunde:

Die 26 Personenwagen 4. Klasse sind 1918 von einer Kölner Firma gebaut und noch wenig im Verkehr benutzt worden. Sie sind an Teilen, von denen das nicht leicht zu entfernen ist, mit den Buchstaben K. P. E. V. (Königlich preußische Eisenbahn-Verwaltung) bezeichnet. Die Firma Lenz u. Co., Strausberg, war die Absenderin der Wagen, die vorher auf der Strausberger Kleinbahn gestanden hatten. Soviel in Erfahrung gebracht werden konnte, sind die Wagen für je 50 000 M. von den Militärbehörden an die genannte Firma verkauft worden. Da das Gewicht eines Wagens sich auf ungefähr 20 000 Kilogramm beläuft und Alteisen mit 2 M. pro Kilo gehandelt wird, würde schon bei Zugrundelegung des Alteisenpreises der oben angegebene Wert fast erreicht sein. In Wirklichkeit haben die ganz modern hergestellten Wagen einen Wert von zirka 150000 Mark. Schon seit vier bis fünf Wochen hatte die Eisenbahnverwaltung in Lichtenberg-Friedrichsfelde die Wagen in Händen. Erst hieß es, daß sie nach Schweden befördert würden, jetzt ist aber Anweisung gekommen, daß sie an die Firma Erich am Ende in Schönholz abgerollt werden sollen. Inzwischen war den Bahnbeamten die ganze Geschichte verdächtig erschienen, und deshalb haben sie bis auf weiteres die Wagen beschlagnahmt. Wie verlautet, sind nicht nur 26, sondern 60 Wagen für den genannten Preis verschachert worden, so daß Millionenwerte in Frage kommen.

Wie es möglich war, diese Verschleuderung von Staatseigentum zu bewirken, muß die Untersuchung ergeben. Eine schnelle und gründliche Aufklärung dieses sonderbaren Schachers mit wertvollen Staatsgütern muß gefordert werden, zumal die Klagen über Wagenmangel nicht verstummen wollen und das Publikum sich in überfüllte Wagen hineinquetschen lassen muß, während andererseits moderne Eisenbahnwagen für Schleuderpreise an den Mann gebracht werden.

Schwindeleien einer Goldaufkäuferbande.

Eine siebenköpfige Schwindler- und Räuberbande wurde durch die Berliner und Ulmer Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Ein gewisser Schmidt aus Berlin war hier auf der Suche nach einem Geldmann, der mit ihm durch Vermittlung einiger anderer Personen Goldstücke aufkaufen sollte, die Bauern in der Gegend von Ulm besitzen sollten. Es sollte sich um ungefähr 1800 Zwanzigmarkstücke handeln, die die Bauern besäßen und die diese zu einem verhältnismäßig günstigen Preise einwechseln wollten. Schmidt fand auch einen Mann, der sich schließlich bereit erklärte, mit ihm die Fahrt dorthin zu unternehmen, um das Geschäft zu machen. Es war dies der Kriminalwachtmeister Reimer von der Dienststelle A III des Berliner Polizeipräsidiums, der vermutete, daß es sich um ein geplantes Verbrechen handele. Als vermeintlicher Käufer fuhr er mit Schmidt nach Ulm, wo er mit den angeblichen Aufkäufern, einem gewissen Engler und Bachmann, beide aus Neukölln, zusammentraf. Zu ihnen gehörte außerdem noch eine Ida Müller aus Berlin und zwei Ulmer namens Jakob Roldorf und Friedrich Kube. Die dort eingeleiteten Unterhandlungen wegen des Goldaufkaufs waren aber zur Kenntnis der Ulmer Kriminalpolizei gelangt und der Berliner Kriminalwachtmeister und Schmidt wurden in ihrem Hotel verhaftet. Der Beamte klärte die Sachlage jedoch bald auf und mit Unterstützung der dortigen Kriminalpolizei gelang es bald, die ganze Gesellschaft hinter Schloß und Riegel zu bringen. Die Vernehmungen ergaben, daß die Gesellschaft beabsichtigt hatte, dem Goldaufkäufer auf dem Wege nach den Bauernhöfen entweder das Geld abzuschwindeln oder ihn betrunken zu machen und es ihm gewaltsam abzunehmen.

Morgen in Neukölln Elternbeiratswahlen!

Am morgigen Sonntag werden an den Neuköllner Gemeindeschulen wieder einmal die Elternbeiräte gewählt. Der Wahlkampf wird an den sechs weltlichen Schulen Knesebeckstraße, Lessingstraße und Rütlistraße zwischen den sozialistischen Parteien ausgefochten. Unsere Parteigenossen müssen noch in letzter Stunde alles daran setzen, daß auf unsere Listen die größten Stimmenzahlen entfallen. Die Parteigenossen und Genossinnen, die an den anderen Gemeindeschulen wahlberechtigt sind, werden aufgefordert, nur für die Listen der Schulreformer zu stimmen. An den Schulen aber, an denen es den Schulreformern nicht möglich war, ihre Kandidatenlisten zur Anerkennung zu bringen, ist strikte Wahlenthaltung zu üben.

Zur Wahlarbeit treffen sich die Genossen Sonntag früh 8 Uhr für die 15. Gemeindeschule bei Zimmermann, Kopfstr. 13, Ecke Lessingstraße, für die 16. Gemeindeschule bei Grieger, Lessingstr. 9, Ecke Kopfstraße.

Gatow und Cladow wollen zu Osthavelland.

Der Kreisausschuß des Kreises Osthavelland hat in einer dem Preußischen Landtag und dem Preußischen Staatsministerium vorgelegten Petition beantragt, die neue Grenze gegenüber dem Kreise Osthavelland zu revidieren und die Orte Gatow und Cladow dem Kreise Osthavelland wieder zuzulegen. In der Begründung wird u. a. ausgeführt, daß zwischen Berlin und den ausschließlich ländlichen Charakter tragenden Orten Gatow und Cladow in keiner Beziehung ein wirtschaftlicher oder sonstiger Zusammenhang bestanden hat oder besteht, daß Gatow und Cladow durch die ¾ bis 1¼ Kilometer breite Havel von Berlin getrennt sind und Berlin nur auf einem 7 bis 12 Kilometer langen Landwege über Spandau zu erreichen ist. Wirtschaftlich gehören Gatow und Cladow dem Kreise Osthavelland an, von dem sie auch mit Elektrizität versorgt werden und an dessen Wasserwerk sie ebenfalls angeschlossen werden sollen. Ebenso wie für die genannten Orte bedeutet diese Veränderung auch für den Kreis Osthavelland eine ungeheure wirtschaftliche Schädigung. Durch die Einbeziehung von Gatow und Cladow nach Berlin sei der Kreis Osthavelland auf einer Strecke von 10 Kilometern von der Havel abgeschnitten worden. Er habe seinen besten steuerkräftigsten und entwicklungsfähigsten Kreisteil verloren und hier nur sogenanntes Hinterland behalten. Die Einwohner von Gatow und Cladow haben in einer mit vielen Hunderten von Unterschriften versehenen Eingabe an das Staatsministerium die Wiederzulegung dieser Orte zum Kreise Osthavelland beantragt.

Paß- und Reiseerleichterungen.

Die Reichsregierung hat die Beseitigung einer Reihe von paßtechnischen Einschränkungen veranlaßt, die sich mit der fortschreitenden Entwicklung des Verkehrs nicht mehr in Einklang bringen ließen.

Zunächst sind wesentliche Erleichterungen in der Handhabung des Sichtvermerkzwanges eingetreten. Eine Prüfung der Notwendigkeit der Reise findet nicht mehr statt. Insbesondere ist bei Reisen aus gesundheitlichen Gründen die Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses und bei Geschäftsreisen die Vorlage einer Empfehlung nicht mehr erforderlich.

Bisher waren auch Reichsdeutsche für die Einreise nach Deutschland dem allgemeinen Sichtvermerk unterstellt. Diese Bestimmung ist gleichfalls aufgehoben, so daß also nunmehr Reichsdeutsche ohne besondere Erlaubnis jederzeit in die deutsche Heimat zurückkehren können. Die Bestimmung ist am 1. Mai in Kraft getreten. Allerdings bleibt auch für Reichsdeutsche der Paßzwang und der Ausreise-Sichtvermerkzwang bis auf weiteres bestehen.

Die Befugnis, in der Regel von der Angabe einer bestimmten Grenzübergangsstelle vom Sichtvermerk abzusehen, erhalten nunmehr auch die deutschen Sichtvermerksbehörden im Inlande. Der Grenzübergang kann demnach also bei jeder amtlich zugelassenen Grenzübergangsstelle erfolgen. Nur wenn besondere Umstände es erfordern, sind die deutschen Sichtvermerksbehörden nach wie vor berechtigt und verpflichtet, im einzelnen Falle die Benutzung einer bestimmten Grenzübergangsstelle im Sichtvermerk vorzuschreiben.

Ein interessantes Plakat.

Seit den Pfingsttagen klebt an den Außenwänden des Vorortbahnhofs in Zehlendorf-Mitte ein großes Plakat, das folgenden Wortlaut hat:

Aufruf!

Freiwillige für das Notschutzkorps nach Oberschlesien!
40 Mark pro Tag, freie Unterkunft, gute Verpflegung, freie Reise.
Nur entschlossene und unbedingt zuverlässige Männer wollen sich sofort melden.
Werbebureau Zehlendorf-Mitte, Restaurant Fürstenhof.

Es ist wirklich bemerkenswert, mit welchem Eifer man sofort wieder im Berliner Außen-Westen bemüht ist, dem bedrängten Vaterland — du liebe Güte — so ganz und gar uneigennützig zu Hilfe zu kommen. Unbedingt zuverlässige Männer — auch im Plakat ist das unterstrichen — will man haben. Merkst du was, Leser? Und warum denn so bescheiden, Herrschaften? Kein einziger Name, außer dem des Druckers, keine Organisation, nichts, gar nichts. Kurz und gut also ein wildes Korps, der liebevollen Aufmerksamkeit der Behörden empfohlen, denn wie uns mitgeteilt wird, soll sich der Werbe-Fachmann auch heute noch im Werbebureau befinden.

Eine Protestversammlung gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens durch Korfanty findet am Sonntag, den 22. Mai, vormittags 11 Uhr, im großen Saale der Philharmonie, Bernburger Straße 22, statt. Die Versammlung ist von den Gewerkschaften, vom Reichsverband der deutschen Presse sowie von den Spitzenorganisationen der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft einberufen. Es werden u. a. auch die Präsidenten des Reichstages und des Landtages sprechen.

Das nächste Städt. Volkskonzert des Blüthner-Orchesters findet am Montag, den 23. Mai, abends 8 Uhr, im Blüthner-Saal statt. Dirigent: Selmar Meyrowitz. Programm: Ouverture „Barbier von Sevilla", Violinkonzert E-moll, Mendelssohn (Solist: Konzertmeister Ric. Lambinon), Sinfonie Nr. 5 C-moll, Beethoven. Karten à 1.50 M Zigarrengeschäft, Dorsch, Engelufer 15, Zigarrengeschäft „Moabit" Stromstr. 67, Buchhandlung „Vorwärts", Lindenstr. 2, Buchhandlung „Freiheit", Breitestr. Orchesterbureau, Lützowstr. 76, sowie an der Abendkasse.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

131 **Kreis Niederschönhausen.** Heute abend bei Stolle, Blücher-, Ecke Treskowstr. Wichtige Konferenz sämtlicher Funktionäre.

6. **Kreis (Hallesches Tor).** Morgen Sonntag, Abt. 3a, Botanischer Garten (Führung). Die Genossen melden sich ½10 Uhr vormittags am Eingang des Wirtschaftshofes, Unter den Eichen 110 bei Gen. Richter. — Am Sonntag, den 29. Mai, Sondervorstellung Sternwarte Treptow. „Wunder des Schneeschuhs". Einlaß 1½ Uhr. Anfang 2 Uhr. Um Störungen beim Vortrag zu vermeiden pünktliches Erscheinen der Teilnehmer erforderlich.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen den Demobilmachungskommissar!

Die Arbeiten des Demobilmachungskommissars sind schon wiederholt kritisiert worden, und zwar unter Anführung von Tatsachenmaterial, welches erkennen ließ, daß diese Behörde sich inzwischen wirklich überlebt hat. Besonders kraß tritt das Verhalten des Demobilmachungskommissars wieder hervor bei einer Entscheidung über die Verbindlichkeitserklärung eines für die Angestellten der Getränkeindustrie gefällten Schiedsspruches. Eine von der Gesamtarbeitnehmerschaft dieser Branche besuchte Versammlung beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit, zugleich aber auch mit dem weiteren Vorgehen in der Tarifsache und nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Die am 9. Mai 1921 in Haverlands Festsälen versammelten Arbeiter und Angestellten der Getränkeindustrie sprechen dem Demobilmachungskommissar ihr schärfstes Mißtrauen aus. Die dauernde Ablehnung der Verbindlichkeit von Schiedssprüchen, die zur Beilegung von Gesamt- und Einzelstreitigkeiten gefällt worden sind, haben die Arbeitnehmer längst davon überzeugt, daß der Demobilmachungskommissar seine Aufgabe nicht darin sieht, den Wirtschaftsfrieden zu erhalten, sondern zu stören. Dadurch wird die Gefahr neuer schwerer Kämpfe zwischen den profitsüchtigen Unternehmern und den rücksichtslos ausgebeuteten Arbeitnehmern heraufbeschworen.

Die Versammelten verlangen infolgedessen die schleunige Enthebung des Demobilmachungskommissars und seiner Referenten von ihren Aemtern. Die vom Demobilmachungskommissar benutzten Räume sind zweckmäßig dem Wohnungsamt zur Linderung der Wohnungsnot zur Verfügung zu stellen."

In einer zweiten Resolution geben die Versammelten der Ueberzeugung Ausdruck, daß nur durch den Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter in den freien Gewerkschaften bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen errungen werden können. Die Versammelten fordern, daß der Afa-Bund als Tarifkontrahent anerkannt wird, und erklären, daß „weitere ernste Schritte veranlaßt werden", falls die Arbeitgeber weiter auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren.

Tarifverhandlungen im Transportarbeiter-Verband.

Die Funktionäre und Delegierten zur örtlichen Generalversammlung der Reichsbetriebe, Verwaltungsbehörden und Reichsorganisationen tagten am Freitag im Gewerkschaftshause, um einen Bericht über die gepflogenen Tarifverhandlungen entgegenzunehmen. Dieser wurde von Thieme erstattet. Die Absicht war, einen gemeinsamen Vertrag für Betriebe und Behörden zu tätigen. Davon ist jedoch Abstand genommen worden. Es sind gesonderte Verträge für Behörden und Betriebe vorgesehen worden. Im allgemeinen bleibt es bei den bisherigen Satzungen, auch beim Urlaub, doch ist hier zwischen 5 und 10 Jahren eine Staffelung derart erfolgt, daß nach 8 Jahren 15 Tage gewährt werden. Hinsichtlich Bezahlung der Krankentage bleibt es bei der bisherigen Regelung. Doch wird beabsichtigt, für die Nichtvollbeschäftigten eine Sonderregelung zu treffen, ebenso im Urlaubsfalle. Eine Aufbesserung soll eintreten bei Bezahlung der Ueberstunden. Für jede Ueberstunde sind 50 Proz., Sonntags 60 Proz. Zuschlag bewilligt. Für die Regelung von Streitigkeiten soll ein besonderer Tarifausschuß gebildet werden.

Für die Reichsbetriebe werden die Verhandlungen in der nächsten Woche stattfinden. Hier dürften noch einige Abweichungen Platz greifen. Das Ergebnis der Verhandlungen konnte mithin noch nicht vollständig vorgelegt werden.

Da mit den alten Funktionärkarten Mißbrauch getrieben ist, werden neue für diese ausgegeben, die im Bureau, Zimmer 32, in Empfang genommen werden können.

Reichsvertretersitzung des Afa-Bundes.

Am 11. Mai fand in Berlin eine Reichsvertretersitzung des Afa-Bundes unter Teilnahme aller angeschlossenen Verbände statt. Der Satzungsentwurf, der von der Satzungskommission erneut durchgearbeitet und entsprechend der Einigung mit dem Deutschen Werkmeisterverband, sowie dem Abkommen mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund abgeändert und ergänzt worden war, fand die Annahme durch die Vertreter. Nachdem die Verbände ihre Zustimmung, die bis zum 1. Juli erfolgen muß, gegeben haben, treten die neuen Satzungen als Provisorium bis zum Gewerkschaftskongreß, dem die endgültige Beschlußfassung vorbehalten ist, in Kraft. Der mit dem ADGB. getätigte Organisationsvertrag wurde einstimmig gutgeheißen. Ferner wurde beschlossen, den ersten Gewerkschaftskongreß des Afa-Bundes am 11. und 12. September d. J. in Düsseldorf abzuhalten und folgende Tagesordnung festgesetzt: 1. Reorganisation des Afa-Bundes. 2. Vereinheitlichung und Demokratisierung des Arbeiterrechts. Referent: Prof. Dr. Hugo Sinzheimer, Frankfurt a. M. 3. Die Neuordnung der Sozialversicherung. Referent: Helmut Lehmann, Dresden, Geschäftsführer des Hauptverbandes Deutscher Ortskrankenkassen. 4. Verschiedenes. Die Ausführungen des Architekten Kaufmann über den Wiederaufbau in Nordfrankreich fanden lebhaften Beifall. Aus dem Bericht über die Tätigkeit der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, den deren Sekretär Nörpel erstattete, war zu entnehmen, wie umfangreich die Arbeiten sind, die sich aus der Zusammenfassung der Betriebsräte ergeben, aber auch wieviel noch zur Schulung und Weiterbildung zu leisten ist. Erst der weitere Ausbau der Rätegesetzgebung, und vor allem eine Verbesserung des Betriebsrätegesetzes, wird den Betriebsräten die Möglichkeit geben, die ihnen nach Artikel 165 der Reichsverfassung zustehenden Rechte restlos wahrzunehmen.

Verband der Steinsetzer. Die am 8. Mai stattgefundene Bezirkskonferenz des Tarifbezirkes Groß-Berlin hat zur Verwaltung des Bezirkes eine Kontrollkommission von 6 Mitgliedern gewählt. Vorsitzender derselben ist Karl Petrick-Neukölln, Reißestraße 4. Alle organisatorischen Fragen des Bezirkes sind durch diesen zu erledigen. Kassierer des Tariffonds ist der Kollege Albert Schröder, Charlottenburg, Kantstr. 93 II. Dieser erledigt alle Kassenangelegenheiten. Zum Vorsitzenden der Lohnkommission wurde Otto Fritze, Berlin N. 65, Malplaquetstr. 36 IV, gewählt. Alle aus dem Tarifvertrage sich ergebenden Streitfälle sind diesem mitzuteilen und werden durch ihn geregelt werden.

Betriebsräte! Die Generalversammlungsteilnehmer müssen die mit den Gratisexemplaren der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" erhaltenen Subskriptionslisten einsenden. Weitere Freiexemplare für die Betriebsräte können bei uns abgeholt werden. Wir bitten hiervon den weitgehendsten Gebrauch zu machen. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Vorträge. Vereine und Versammlungen.

Freie Schwimmer Charlottenburg. Sonntag, den 22. Mai, Anbaden bei Gatow, Treffpunkt vorm. 9 Uhr Reichskanzlerplatz. — Uebungsabende: Für männliche Mitglieder Dienstags und Freitags, für weibliche Mitglieder Mittwochs abends nach 5 Uhr Badeanstalt Ruhleben. — Außerordentliche Generalversammlung am Dienstag, den 7. Juni, abends 7½ Uhr, bei Bohne, Schloßstr. 45. Aufnahme neuer Mitglieder daselbst. Beginn eines neuen Schwimmlehrkursus. — **Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Köpenick.** 22. Mai Abt. Köpenick: Nach der Ravensteiner Mühle. Treffen 1,30 Uhr nachmittags Lindenstraße; Abt. Ostbahnvororte: Kinderwanderung nach Tegel—Hennigsdorf. Treffen 8 Uhr Stettiner Bahnhof. Kosten 2 M.

Theater der Woche.

Vom 22. Mai bis 29. Mai.

Volksbühne: 22., 24., 26. und 29. Der Bauer als Millionär. 23. u. 27. Antigone. 25. Das Postamt. Die Komödie der Irrungen. 28. Wallensteins Tod. — **Opernhaus:** 22. Tristan und Isolde. 23. Cosi fan tutte. 24. Rigoletto. 25. Butterfly. 26. Turandot. Barlechino. 27. Ritter Blaubart. 28. Carmen. 29. Bürger als Edelmann. Josephs Legende. — **Schauspielhaus:** 22. Fiesco. 23. Der Kronprinz. 24. Der Sturm. 25. Peer Gynt. 26. Fiesco. 27. Torquato Tasso. 28. Fiesco. 29. Fiesco. — **Großes Schauspielhaus:** Ein Sommernachtstraum. 27. Der Kaufmann von Venedig. 22. Rose Bernd. 23., 24. und 26. Jugendfreunde. 25. Jugend. — **Deutsches Theater:** Potasch und Perlmutter. — **Kammerspiele:** Mesalliance. — **Lessing-Theater:** 22. bis 29. Rosenmontag. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** 22., 24., 25., 26., 28. Satans Maske. Mit dem Feuer spielen. 23., 27. Salome. — **Deutsches Opernhaus:** 22. Lohengrin. 23. Oberon. 24. Martha. 25. La Traviata. 26. Margarete. 27. Carmen. 28. Undine. 29. Der Troubadour. — **Schiller-Theater:** 22., 24., 26. und 28. Die versilberte Braut. 23., 25., 27. u. 29. 100 000 Taler. — **Neues Volks-Theater:** 27. bis 29. Die St. Jakobsfahrt.

Täglich. Die Tribüne: Der Teufel. — **Deutsches Künstler-Theater:** Die selige Exzellenz. — **Komödienhaus:** Der blonde Engel. — **Berliner Theater:** Das Milliardensouper. — **Kleines Schauspielhaus:** Reigen. — **Trianon-Theater:** Am Teetisch. — **Residenz-Theater:** Das Privileg. — **Zentral-Theater:** Ilonka. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Die goldene Freiheit. — **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:** Die Kleine aus der Hölle. — **Komische Oper:** Alt-Heidelberg. — **Lustspielhaus:** Die spanische Fliege. — **Metropol-Theater:** Die blaue Mazur. — **Neues Operettentheater:** American-Girl. — **Thalia-Theater:** Mascottchen. — **Theater am Nollendorfplatz:** Der Vetter aus Dingsda. — **Theater des Westens:** Morgen wieder lustig! — **Kleines Theater:** Nur ein Traum. — **Wallner-Theater:** Der Traum vom Glück. — **Walhalla-Theater:** Die Scheidungsreise. — **Rose-Theater:** Wo die Schwalben nisten. — **Kasino-Theater:** Wallrich u. Sohn. — **Luisen-Theater:** Muttersegen. Ab 29. Berlin, wie es weint und lacht. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** 22. bis 24. Timon. 25. bis 29. Donna Diana. — **Folies Caprice:** Das neue Fräulein. Das weiße Blatt. Der ledige Ehemann. — **Admiralspalast:** 22., 24. bis 26., 28. u. 29. Abrakadabra. 23. und 27. Die roten Schuhe.

Nachmittagsvorstellungen: Volksbühne: 22. Antigone. 28. u. 29. Das Postamt. Die Komödie der Irrungen. — **Schauspielhaus:** 22. Maria Magdalena. 29. Die Journalisten. — **Großes Schauspielhaus:** 22. und 29. Ein Sommernachtstraum. — **Deutsches Theater:** 22. Russisches Gastspiel: Das letzte Opfer. 29. Cäsar und Kleopatra. — **Lessing-Theater:** 22. Frau Warrens Gewerbe. 29. Ein idealer Gatte. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** 22. u. 29. Salome. — **Deutsches Opernhaus:** 22. Die Fledermaus. 29. Der Waffenschmied. 29. Der Zigeunerbaron. — **Schiller-Theater:** 22. u. 29. Der Meineidbauer. — **Neues Volks-Theater:** 22. und 29. Jugendfreunde. — **Komödienhaus:** 22. u. 29. Sache mit Lola. — **Berliner Theater:** 22. u. 29. Der letzte Walzer. — **Trianon-Theater:** 22. u. 29. Am Teetisch. — **Residenz-Theater:** 22. u. 29. Das Privileg. — **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:** 22. u. 29. Hans Huckebein. — **Komische Oper:** 22. u. 29. Der Barbier von Sevilla. — **Theater am Nollendorfplatz:** 22. u. 29. Wenn Liebe erwacht. 25., 26. u. 28. Himmel auf Erden. — **Theater des Westens:** 22. Der Raub der Sabinerinnen. 29. Der lustige Kakadu. — **Kleines Theater:** 22. u. 29. Nur ein Traum. — **Wallner-Theater:** 22. u. 29. Iphigenie. — **Rose-Theater:** Täglich: Garten-Vorstellung. — **Luisen-Theater:** 29. Max und Moritz.

Aus aller Welt.

Verhafteter Eisenbahndieb. Der Ladeschaffner Bayer aus Holzbüttgen, der bei der Güterabfertigung Düsseldorf-Derendorf beschäftigt war, ist wegen umfangreicher Eisenbahndiebstähle in Düsseldorf verhaftet worden. Der Wert der gestohlenen Sachen geht in die Millionen.

Bestrafte Posträuber. Vor dem Essener Schwurgericht wurde in später Nacht das Urteil gegen die Posträuber von Buer und Erle gefällt. Den Räubern fiel seiner Zeit eine Viertelmillion Mark in die Hände. Es erhielten Rudolf Kirchhoff 7 Jahre Zuchthaus, Joseph Kirchhoff 6 Jahre 5 Monate Zuchthaus. Außerdem wurden beiden die bürgerlichen Ehrenrechte auf je 10 Jahre aberkannt. Heinrich Kirchhoff erhielt wegen verbotenen Waffentragens drei Monate Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe.

Dreifacher Mord. Bei dem in dem Kreise Adenau gelegenen Dorfe Bankeratt wurde hinter einer Hecke der 76jährige Landwirt Peter Heinrichs erdrosselt aufgefunden. Das Aussehen des Körpers ließ einen Mord nach vorausgegangenem Kampf vermuten. Als man die Wohnung des Ermordeten betrat, fand man die 75 Jahre alte Schwester des Heinrichs, die Wwe. Ternes tot am Boden liegend. Sie war mit einer Axt niedergeschlagen worden. Der 25jährige Knecht Philipp Müller wurde später in der Nähe des Hauses als Leiche in einem Teiche aufgefunden. Auch diese Leiche zeigte mehrere Axthiebe, sowie eine Reihe Dolchstiche. Im Hause war alles durchwühlt. Auf die Ermittelung der Täter ist eine Belohnung von 4000 M. ausgesetzt.

Ein Bestechungsversuch ungarischer Kinobesitzer. In Ungarn erregt ein Bestechungsversuch an einem Abgeordneten Aufsehen. Die Kinobesitzer boten dem Abgeordneten Gömbös 100 000 Kronen für seine Vermittlung beim Minister. Er verlangte aber eine Viertelmillion. In offener Parlamentssitzung bekannte der Abgeordnete Gömbös seine Beteiligung und erklärte, er habe die Summe nur gefordert, um die Bestecher zu entlarven.

Todesurteil gegen einen flämischen Redakteur. Durch den Akzisenhof von Ostflandern in Gent wurde das Urteil über die Gründer und Redakteure der während der deutschen Besetzung errichteten aktivistischen Zeitung die „Flämische Post" gefällt. Der Hauptredakteur wurde zum Tode verurteilt, einer zu lebenslänglichem Zuchthaus, zwei zu je 20 Jahren und zwei zu je 10 Jahren Zuchthaus. Sämtliche Verurteilte befinden sich zurzeit in den Niederlanden.

Schiffsbrand. Wie Havas aus New York berichtet, brach Donnerstag abend an Bord des amerikanischen 10 000-Tonnen-Dampfers „Panhandle State" Feuer aus. Das Schiff mußte bei Ellis Island auf Strand gesetzt werden.

Die Explosion in Wallstreet. Nach einer Havasmeldung aus New York wurde ein gewisser Guiseppe de Filipio aus Bayonne (New-Jersey) verhaftet, der beschuldigt wird, das Auto gelenkt zu haben, in dem sich die Explosivstoffe befanden, die im November v. Js. das Unglück in Wallstreet verursachten. Fünf Personen haben Filipio als den Chauffeur des Autos erkannt.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gewinn-Auszug
der
17. Preuß.-Südd. (243. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 9. Ziehungstag. 20. Mai 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 390 Mark gezogen.

2 zu 60000 M 160401
2 zu 10000 M 103328
4 zu 5000 M 38058 179708
104 zu 3000 M 1012 1470 5075 8523 9004 13458 17166 17297 23840 29854 31107 43920 45418 43542 45250 54307 63972 66945 69517 72652 78010 80879 87259 87526 88176 101243 106156 107656 113078 118962 123981 126564 129108 144647 149567 157767 165200 177121 179867 186042 195032 201600 205974 209624 210884 217354 225836 226504 227658 230089 232640 239137
200 zu 1000 M 1182 4428 6624 11030 11884 15311 15494 18739 20687 21163 23234 23790 35549 36431 39588 48300 43883 44223 44698 45718 47578 48878 48877 49200 53276 53792 53888 58722 64076 73864 76526 83814 83924 85590 85940 87186 91698 94839 101850 101967 107883 112736 116898 118445 119648 120678 123864 126769 130173 132806 137113 138727 139842 139403 140868 144176 146863 146318 149343 155067 155770 156811 160185 161916 163338 172967 176659 184897 186636 187915 189805 189742 190028 193240 194443 195816 196185 196469 196669 199273 199380 204700 204960 205354 211384 212768 216430 218446 222157 223784 224314 224602 226090 229470 226860 227621 227912 231497 231794 232922
210 zu 500 M 1085 1763 2681 3051 4247 8448 9456 16640 16648 16979 21397 24217 26784 27499 31990 32902 35183 41221 42476 44264 47850 52992 60386 60312 61839 62790 67877 68090 68301 68538 70561 71294 71715 75153 79225 79583 81327 85960 86966 89960 89259 96659 103260 105806 106835 110799 114251 114823 115397 115398 115757 115763 117409 119120 121901 124606 129489 130361 133186 138047 141174 143058 143558 146716 149590 152812 153736 155855 157306 157773 162301 164404 168745 171108 171902 173030 176587 175696 177483 179746 182044 182302 186953 187086 187654 188400 188454 204087 204450 204616 206351 210897 212376 214226 217879 220546 220690 220826 226100 227092 227625 229549 231774 232150 239018 233615 234716 236946 239573

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 390 Mark gezogen.

8 zu 10000 M 49674 49925 171461 176813
14 zu 5000 M 25482 45518 69748 68715 158155 179642 201291
106 zu 3000 M 1165 5873 6836 6985 10413 13515 14744 20032 20423 21983 29868 31772 46471 64781 68616 76236 76592 78022 79213 80630 83261 87257 87413 93244 95119 96635 100107 101635 108234 109655 115368 120316 121477 125153 126253 146784 157839 161185 162577 164345 164895 167972 176398 182045 189234 189434 193761 196631 202187 206726 209806 212979 221943
196 zu 1000 M 4420 8738 9591 11866 12863 14765 15004 16710 22073 26436 29842 29913 30260 31879 33514 36564 44724 45068 46509 51609 54087 56210 59288 64656 65031 66822 71846 80263 80488 81165 81641 83284 86616 88610 88649 89647 92243 94275 97301 97501 97873 99698 103576 103830 103864 113167 113863 115881 117411 119865 119990 126762 136298 137036 140881 141309 141891 145313 149116 149823 150974 151511 153892 155245 156315 156873 158909 160137 160284 162541 166750 168460 169908 170002 173095 174815 178146 181419 181621 183276 184070 194310 196907 198474 204718 204683 207499 208260 215344 224182 225408 226328 227064 227868 227739 230021 233291 233311
232 zu 500 M 4378 6629 13287 16752 16753 27382 30618 31819 32368 38297 38439 40090 41177 45601 49363 51067 62964 53607 53834 56462 60305 62438 66848 68536 69010 69309 70483 70860 71945 73157 75710 79281 81748 85090 85066 89163 92341 92403 92760 98732 98965 105674 106038 107010 107803 112566 112760 113194 115673 115723 115739 118998 122744 129391 138740 140531 141772 141817 143240 146711 149870 149687 151138 151446 156021 156275 158186 159840 163247 164984 167569 167709 168368 169842 169845 171801 172467 174185 177195 177212 177372 178582 180564 181102 186370 188751 189761 190804 191791 196791 196949 199036 200443 204194 205864 207400 209668 214798 215473 220117 220149 230272 220741 222493 223378 226079 226488 227180 227564 227775 231091 233822 235494 236450 237861 238761

Jeder Eisenbahner

der vorwärts strebt und nach dem Grundsatz: „Freie Bahn dem Tüchtigen" sich durch einschlägige Fachliteratur fortbilden will

liest

zur Vervollkommnung seiner Berufskenntnisse unsere konkurrenzlose Fachzeitschrift

Die Eisenbahnfachschule

Amtliches Organ des Verbandes Deutscher Eisenbahnfachschulen und technische Zeitschrift für alle Eisenbahner.

Interessante Artikel. Lehrreiche Abhandlungen.

Aus dem Inhalt: Demokratisierung im Eisenbahnwesen. — Die Entwicklung der Siemens-Werke. — Neuerungen im Signalwesen. — Lokomotivkessel mit Ueberhitzer. — Wasserstandsanzeiger. — Elektrisches Schweißen in Eisenbahnwerkstätten. — Der Luftdruck, das Barometer. — Die Verwendung von flußeisernen Lokomotiv-Feuerbüchsen. — Der Lokomotivkessel. — Die Telegraphie. — Elektrische Schnellbahnen — und vieles andere mehr.

Bezugspreis direkt vom Verlag unter Kreuzband Mark 5.— pro Vierteljahr, durch die Post bezogen Mark 4.— zuzüglich Mark 0,90 Bestellgeld.

Verlangen Sie kostenlos Probenummern.

Für Vereine billiger. Für Vereine billiger.

Anerkannt vorzügl., wirkungsvolles Insertionsorgan. Inserate in der „Eisenbahnfachschule" haben den größten Erfolg: die Leserschaft setzt sich nachweisbar aus den Eisenbahnbehörden, sowie ca. 20 000 Hörern der Eisenbahnfachschulen zusammen. An über 100 Schulen im ganzen Reiche verbreitet. — Man verlange Offerte.

Verlag A. Wesemann, Berlin SW., Königgrätzer Straße 109.
Tel. Kurfürst 4015. Postsch. Berlin 33475. Telegr. Diwesmio

WER den Umsatz seines Geschäftes steigern und den Kundenkreis erheblich erweitern will, bedient sich als wirksamstes Insertionsorgan mit bestem Erfolge des **VORWÄRTS**

Für Kommunen, Gewerkschaften, Arbeiterkantinen!

Kondensierte Magermilch

gezuckert in Schwarzblechdosen, gesunde, handelsübliche Ware, zum Preise von **M. 150.– per Kiste** (48 Dosen) liefern

J. F. Assmann & Co., Lebensmittel-Großhandlung
Berlin N 58, Pappel-Allee 22. Humboldt 4412

Glühlampen
Halbwattlampen
und sämtl. Elektro-Installat.-Material kauft
Carl Peschmann Nf. Bernauer Str. 101
Fabrikgeb. III.

Verkaufe bei **Arlt** Deinen Gold- und Silberbruch.
Charlottenb., Berl. St. 48.

Zähne v. 4 M. an. Teilzahlung. 5 J. Garant. Kronen 18 M. Plomb 3.—. Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzlind. Umarb. schlechtsitz. Gebisse. Rep. sof.
Zahnarzt Wolf, Potsdamer Str. 55, Hochb. Sprechz. 9-7